

schaft, Soziales und Umwelt. Die für die Bearbeitung und Lösung globaler Probleme zuständigen Fachorganisationen des UN-Systems wurden zunehmend als »bürokratisch«, »unflexibel« und »ineffizient« dargestellt und als »unfähig«, internationale Normen, Regeln und Vereinbarungen auch durchzusetzen. Zugleich wurden diese Normen und Regeln häufig als »unzureichend«, »starr« oder »unpraktikabel« verworfen.

Auch aus anderer Perspektive bleibt festzuhalten, daß das seit 1945 entstandene internationale Normen- und Regelwerk im Bereich Wirtschaft, Soziales und Umwelt tatsächlich noch zahlreiche Lücken enthält⁹. Das wird von den in diesem Bereich aktiven NGOs immer wieder deutlich beklagt. Viele der bestehenden Konventionen sind zudem nicht weitgehend und verbindlich genug, enthalten keine Durchsetzungs- und Überwachungsmechanismen oder werden von ihren Unterzeichnerstaaten häufig nicht eingehalten. Diese Feststellung traf auch Generalsekretär Annan in seinem Millenniums-Bericht an die Generalversammlung¹⁰.

Aber was ist der Grund für diesen unbefriedigenden Zustand? Warum bringen die Mitgliedstaaten der UN keinen stärkeren politischen Willen auf, diesen Zustand zu verändern? Und welche Rolle spielte und spielt dabei die Einflußnahme transnationaler Konzerne auf Regierungen, Parlamente und öffentliche Meinung von Mitgliedstaaten sowie auf Teile des UN-Systems? Diese Fragen wurden bislang kaum diskutiert. Statt dessen wurden transnationale Unternehmen mit Prädikaten wie »effizient«, »innovativ«, »lösungsorientiert«, »unbürokratisch«, »flexibel« oder »kostenbewußt« zum positiven Gegenbild des UN-Systems stilisiert und vom UN-Generalsekretär zum künftig unverzichtbaren »Partner« erklärt.

Geben und Nehmen

Kofi Annan begründete die Notwendigkeit der »Partnerschaft« zwischen den UN und der Privatwirtschaft mit der »Zerbrechlichkeit« der Globalisierung. Die Globalisierung sei »ein Fakt des Lebens«. Doch vollziehe sich »das Wachstum der Märkte schneller als das der Fähigkeit der Gesellschaften und ihrer politischen Systeme, sich diesem anzupassen, ganz zu schweigen von der Fähigkeit, den Kurs zu bestimmen«. Annan sieht die Globalisierung »bedroht« durch die Basisopposition, die sich seit der WTO-Ministerkonferenz von Seattle im Dezember 1999 formierte. Es bestehe, so Annan am 26. Juli 2000 in New York, die Gefahr einer »protektionistischen« und »isolationistischen« Gegenbewegung.

Den Globalen Pakt verstehen Annan und seine für dieses Projekt zuständigen Mitarbeiter als Angebot an die Privatunternehmen zu einem »strategischen Handel«. Die Unternehmen sollen versprechen, im begrenzten Rahmen internationalen Regeln zuzustimmen. Als Gegenleistung bot der Generalsekretär den Unternehmen an, die UN würden »dabei helfen, ein Umfeld zu schaffen und zu erhalten, das Handel und freie Märkte begünstigt«. Wenn die Unternehmen freiwillig eine Reihe von Sozial-, Menschenrechts- und Umweltstandards einhielten, würden die UN ihre Kritik an Unternehmen und an den negativen Auswirkungen globaler Handelsliberalisierungen einstellen und die Unternehmen gegen Vertreter der globalisierungskritischen Basisopposition in Schutz nehmen. Darüber hinaus sollten die am Globalen Pakt beteiligten Unternehmen die Möglichkeit zur Verwendung des UN-Emblems erhalten, das bis dato strikt gegen jeglichen Gebrauch außerhalb der UN geschützt war.

Die Unternehmen sehen ausweislich zahlreicher offizieller Erklärungen von Konzernvertretern im Globalen Pakt die Möglichkeit zu einer verstärkten Einflußnahme auf die Politik des UN-Systems in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales – und damit die Chance, ihnen unliebsame Regelungen und Normen zu verhindern und privatwirtschaftliche Lösungsansätze für globale Probleme zu propagieren. Zudem läßt sich durch die Beteiligung am Pakt ein Ge-

Ziele und Wege

Die Einsicht in die Notwendigkeit entschiedener Schritte zu einer Weltinnenpolitik verleitet die Akteure internationaler Konferenzen immer wieder zur Vereinbarung von weitgesteckten Zielen in der Hoffnung, dadurch nationale Politiken – auch und vor allem die im eigenen Land – in die gewünschte Richtung zu lenken. Bedauerlicherweise ist diesem Bemühen meist wenig Erfolg beschieden, und die Vision der sich vereinigenden Schienenstränge bleibt auch da eine optische Täuschung.

Anfang Dezember letzten Jahres fand in Bonn als Beitrag zur Umsetzung der »Agenda 21«, dem 1992 auf der Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio beschlossenen Aktionsprogramm, eine von 46 Staaten beschickte Süßwasserkonferenz statt. Wie üblich und in der Schlußerklärung des Millenniums-Gipfels der Vereinten Nationen vorgegeben, einigte man sich auf das Ziel, die Zahl der Menschen ohne sauberes Trinkwasser bis zum Jahre 2015 auf die Hälfte zu reduzieren. In der Bekämpfung der extremen Armut gilt bekanntlich generell die gleiche Zielvorgabe.

Gewagte Zielvereinbarungen sind im Verband der Vereinten Nationen nichts Neues. Die UNIDO profilierte sich 1974 mit der »Erklärung von Lima«. Danach sollte der Anteil der Entwicklungsländer an der weltweiten Industrieproduktion bis zur Jahrhundertwende auf ein Viertel steigen. Vor zwei Jahrzehnten beschloß die WHO in Alma Ata ihr Programm »Gesundheit für alle im Jahr 2000«. Niemand wird behaupten können, daß diese Ziele erreicht wurden. Doch werden solche Programmziele und Leitziffern immer wieder ernst genommen; dies zeigt das Gerangel um das Kyoto-Protokoll und seine notorischen Prozentvereinbarungen, in denen am Ende doch ein Stückchen Hoffnung liegt. Als überwiegend trauriger Fall erscheint dagegen das sogenannte 0,7-Prozent-Ziel, das die entwicklungspolitische Diskussion nun schon seit drei Jahrzehnten begleitet und das Absinken der Entwicklungshilfe der Industrieländer, auch Deutschlands, keineswegs verhindert hat.

Solange Finanzminister und Haushaltsausschüsse in den auf internationalen Konferenzen beschlossenen Aktionsprogrammen keine Rechtsverpflichtung erkennen können, wird sich an dieser Diskrepanz kaum etwas ändern, und die engagierten Propagandisten guter Zukunft werden weiter ungestraft und mit wenig Konsequenz die Angel des Wünschbaren in den großen Teich des Denkbaren auswerfen in der Hoffnung, trotz allem einen großen Fang des Machbaren zu gunsten des Notwendigen an Land zu ziehen. Wir wissen ja inzwischen ziemlich genau, was im globalen Kontext notwendig wäre, und können es auch gut in Zielvorstellungen definieren. An Rezepturen fehlt es wahrlich nicht. Die Frage ist, ob uns großzügige Zielvorgaben helfen oder ablenken, ob sie die Realität unseres Handelns zu motivieren oder zu frustrieren geeignet sind, anregend oder beruhigend wirken, Stimulans oder Placebo sind.

Politiker haben es möglicherweise leichter, mit mutigen Vorgaben zu leben, solange diese nicht zu kurzfristig angelegt sind. Die Staatshäupter des Millenniums-Gipfels konnten sicher sein, im Jahre 2015 nicht für ein zur Jahrtausendwende beschlossenes Programm zur Rechenschaft gezogen zu werden. Schon zehn Jahre nach Rio werden im Spätsommer in Johannesburg auf der Plus-zehn-Konferenz kaum die gleichen Delegationen wie auf dem damaligen Erdgipfel auftreten. Und in 15 Jahren mag die Menschheit ganz andere akute Sorgen haben.

Politik braucht Orientierung, Weltpolitik globales Bewußtsein. Dazu können internationale Konferenzen und gemeinsam erarbeitete Ziele beitragen. Von ihnen kann eine motivierende Wirkung ausgehen. Aber Politik braucht auch und vor allem Glaubwürdigkeit. Das sollte nicht nur lokal gelten, sondern auch ein Maßstab für globale Zielvorgaben sein. Wo er außer acht gelassen wird, untergräbt man die Autorität der Beschlußgremien in der internationalen Gemeinschaft. Dafür gibt es leider genug Beispiele, und es besteht die Gefahr der Inflation von Zielen, die dann erst recht nicht mehr ernst genommen werden.